137519-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Ingenieurbüros – VgV Brandschutz - Neubau Werkstätten der Ferdinand-von-Steinbeis Gewerbliche Schule, Tuttlingen
OJ S 43/2025 03/03/2025
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Landkreis Tuttlingen
E-Mail: sabine.heinrichs@kohlergrohe.de
Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts
Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: VgV Brandschutz - Neubau Werkstätten der Ferdinand-von-Steinbeis Gewerbliche Schule, Tuttlingen
Beschreibung: Der Landkreis Tuttlingen beabsichtigt den Ersatzneubau der Werkstätten der Ferdinand-von-Steinbeis gewerblichen Schule. Die berufliche Ferdinand-von- Steinbeis-Schule bietet Ausbildungsplätze für rund 1500 SchülerInnen in Teil- und Vollzeit und gehört somit zu den größten Berufsschulzentren in der Region Tuttlingen. Die Werkstätten der Schule weisen erhebliche bauliche Mängel auf und stehen zur Disposition. Aus diesem Grund soll auf dem heutigen Grundstück ein Ersatzneubau geplant werden. Hierzu hat der Landkreis Tuttlingen einen Realisierungswettbewerb für Architekten und Landschaftsarchitekten durchgeführt. Das daran anschließende VgVVerfahren mit den Preisträgern ist noch nicht abgeschlossen. Für die Schule sollen Werkstätten der Fachbereiche Medizintechnik, Metalltechnik, Holztechnik, Elektro- und Informationstechnik, sowie eine Cafeteria geplant werden. Ein weiteres Augenmerk der Bearbeitung liegt auf der Flexibilität, Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Industrie 4.0- Fähigkeit der Schule. Die Programmfläche (Nutzungsfläche NUF 1-6) beträgt ca. 3.500 m². Für die Planungsleistungen für Brandschutz nach AHO Heft 17, LPH 1-5 und 8 (ohne Vorbereiten der Vergabe und Mitwirken bei der Vergabe), optional besondere Leistungen der LPH 9 (Flucht- und Rettungspläne) wird ein Fachplaner auch mit Erfahrungen im Holz-/Holzhybridbau gesucht. Die Beauftragung soll stufenweise erfolgen. Es besteht kein Rechtsanspruch auf die weitere Beauftragung der jeweils nachfolgenden Leistungsstufe. Weitere Informationen siehe Ziffer 5.1.
Kennung des Verfahrens: 10bc5e3d-a092-49e1-ad15-9ac0fedc3521
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Tuttlingen

Land, Gliederung (NUTS): Tuttlingen (DE137)
Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU
vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Die nachfolgenden Eigenerklärungen sind vom Bewerber, bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft, anzugeben: Eigenerklärung, dass im Fall einer Beauftragung eine Berufshaftpflichtversicherung mit angemessenen Deckungssummen für Personenschäden und für Sach- und Vermögensschäden abgeschlossen wird. Die Deckung muss über die Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe i.S.v. § 123Abs. 1 bis 3 GWB vorliegen. Eigenerklärung, dass das Unternehmen seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit es der Pflicht zur Beitragszahlung unterfällt, ordnungsgemäß erfüllt hat (§ 123 Abs. 4 GWB). Angaben zu Insolvenzverfahren und Liquidation (§ 124 Abs. 1Nr. 2GWB). Eigenerklärung, dass bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozialoderarbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen wurde (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB). Eigenerklärung, dass im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen wurde, durch die die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB). Eigenerklärung, dass mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt wurden, die eine Verhinderung, eine Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken(§124 Abs. 1 Nr. 4 GWB). Eigenerklärung, dass für das Unternehmen kein Ausschlussgrund i.S.v. § 21 Abs.1 des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG), §98c des Aufenthaltsgesetzes(AufenthG), § 19 Abs. 1 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) oder § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes(Schwarz-ArbG) vorliegt. Die öffentliche Auftraggeberin behält sich vor, zu prüfen, ob weitere fakultative Ausschlussgründe im Sinne von §§ 124 bis 126 GWB vorliegen, zu denen keine Eigenerklärung gefordert wird, und gegebenenfalls Bewerber/ Bewerbergemeinschaften, bei denen fakultative Ausschlussgründe vorliegen, auszuschließen. Eigenerklärung "Verbot Beteiligung russischer Unternehmen" nach Maßgabe des 5. EU-Sanktionspakets in Verbindung mit Artikel 5k der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr.833/2014. Die Vergabestelle behält sich ferner vor, für Bewerber/Mitglieder von Bewerbergemeinschaften /Nachunternehmer selbst beim Gewerbezentralregister einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister nach § 150 a Abs.1 Nr.4 GewO anzufordern. Der öffentliche Auftraggeber kann den Bewerber auffordern, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise nachzureichen. Alle Nachweise und Erklärungen sind in deutscher Sprache abzufassen (bei fremdsprachigen Dokumenten in deutscher Übersetzung). Bei Bietergemeinschaften sind die Nachweise und Erklärungen von allen Mitgliedern zu erbringen. Erklärungen, Versicherungen und Nachweise, soweit diese auf Verlangen der Vergabestellevorzulegen sind, führen bei Nichtvorlage zum Ausschluss. Die Vergabestelle behält sich vor, die nachträgliche Vorlage von Originalen oder beglaubigten Abschriften zu verlangen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: VgV Brandschutz - Neubau Werkstätten der Ferdinand-von-Steinbeis Gewerbliche Schule, Tuttlingen
Beschreibung: Die Ferdinand-von-Steinbeis-Schule (FvSS) besteht aktuell aus den Gebäudeteilen A, B, C und D. Die Eingriffe in Bauteil A und B sind möglichst geringfügig zu halten (Baujahr 2009, 2-3-geschossig). Anpassungen / Umbaumaßnahmen beim ältesten Bauteil, Bauteil C (Baujahr 1950er Jahre, 4- geschossig, Stahlbetonskelettbauweise) sind auf das Notwendigste zu reduzieren. Die Cafeteria und der Schüleraufenthaltsraum sollen im Bauteil C im Erdgeschoss geplant werden. Bauteil D (Baujahr späte 1970er Jahre) soll rückgebaut und am gleichen Standort der Ersatzneubau errichtet werden. Zur Aufrechterhaltung des Schulbetriebs während der Bauphase werden sowohl bauliche als auch organisatorische Interimsmaßnahmen erforderlich. Für die Planung des Abbruchs und bauliche Interimslösungen sind optional ggf. Teilleistungen der Fachplaner in geringem Umfang erforderlich. Nachhaltigkeit Die max. 4 geschossigen Gebäude dürfen als Holz-/Holzhybridbau geplant und erstellt werden. Bei der Materialauswahl für Konstruktion, Gebäudehülle und Innenausbau legt die Ausloberin Wert auf die Betrachtung des Lebenszyklus des Gebäudes. Sowohl die Herstellung der Materialien und deren Einbau als auch der Rückbau und die Möglichkeit der Wiederverwertung spielen hierbei eine Rolle. Ein hoher Vorfertigungsgrad der Bauelemente ist anzustreben. Die neuen Dachflächen sind entsprechend den gesetzlichen Vorgaben möglichst weitestgehend als Gründächer in Kombination mit Fotovoltaikanlagen auszuführen. Die Ausloberin wünscht sich im Wettbewerb zur Erreichung der Klimaziele einen bewussten Umgang mit Ressourcen bei der Herstellung, Errichtung und beim Betrieb des Gebäudes. Mit der Bauweise, den Bauteilen und der Nutzungsdauer der Baustoffe sollen die CO2- Emissionen des Gebäudes nachhaltig verringert werden. Die Nachhaltigkeitskriterien gemäß Nachhaltiges Bauen in Baden-Württemberg (NBBW) vom Landesministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg sind in der weiteren Planung zu berücksichtigen. Eine Zuarbeit der Fachplaner für die Objektplanung zum Nachweis der Nachhaltigkeitskriterien ist erforderlich. Planungsbeginn ist direkt nach Abschluss der VgV-Verfahren und nach Gremienbeschluss vorgesehen. Die Kosten KG 300+400 netto werden auf ca. 18,5 Mio € geschätzt. Es ist geplant Fördermittel zu beantragen. Die Verhandlungsgespräche finden voraussichtlich am 25.06.2025 (ganztägig) und 27.06.2025 (vormittags) statt. Zusatz Brandschutz: Angestrebt werden Nutzungsbereiche mit einer Größe von maximal 400 m² analog zum Bürobau, damit können notwendige Flure entfallen, die i.d.R. brandlastfrei zu halten sind. Die bestehenden Flucht- und Rettungspläne werden in der 2. Phase des Verfahrens zur Verfügung gestellt. Es ist eine Feuerlöschanlage geplant. Für die Planungsleistungen für Brandschutz nach AHO Heft 17, LPH 1-5 und 8 (ohne Vorbereiten der Vergabe und Mitwirken bei der Vergabe), optional besondere Leistungen der LPH 9 (Flucht- und Rettungspläne) wird ein Fachplaner auch mit Erfahrungen im Holz-/Holzhybridbau gesucht. Die Beauftragung soll stufenweise erfolgen. Es besteht kein Rechtsanspruch auf die weitere Beauftragung der jeweils nachfolgenden Leistungsstufe.
Weitere Informationen siehe Ziffer 2.1
Interne Kennung: E54378662

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Tuttlingen
Land, Gliederung (NUTS): Tuttlingen (DE137)
Land: Deutschland

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.
Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot
Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert
Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja
Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für: selbst#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:
Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Bezeichnung: insgesamt 20%, 100 mögliche Punkte: Umsätze in den letzten 3 Jahren, Personalstruktur
Beschreibung des Eignungskriteriums: Jeder Bewerber und jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft und jeder Nachunternehmer im Falle der Eignungsleihe müssen mit dem Teilnahmeantrag folgende Eigenerklärung abgeben: Eigenerklärung über den Umsatz (netto) im Bereich der zu vergebenden Leistungen in den letzten drei Jahren. Eigenerklärung zur durchschnittlichen Anzahl der Mitarbeiter im Bereich der zu vergebenden Leistungen in den letzten drei Jahren.
Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen
Gewichtung (Prozentanteil, genau): 20,00

Kriterium:
Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit
Bezeichnung: insgesamt 80%, 400 mögliche Punkte. Jeder Bewerber, jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft und jeder Nachunternehmer im Falle der Eignungsleihe müssen mit dem Teilnahmeantrag Eigenerklärungen zu Referenzen abgeben.
Beschreibung des Eignungskriteriums: Die qualitative Bewertung der technischen Leistungsfähigkeit erfolgt auf Grundlage der vorgelegten Referenzblätter und den Angaben in den Formblättern. Referenz A ist zwingend erforderlich, B ist optional. In der Referenzkategorie A können 3 Projekte gewertet werden, in der Referenzkategorie B kann 1 Projekt gewertet werden. Mehrfachnennungen sind möglich, d.h. ein Projekt der Referenz A kann auch bei Referenz B gewertet werden. Die Referenzen müssen im Büro des Bewerbers erbracht worden sein. Die technische Leistungsfähigkeit wird insgesamt mit 80% gewertet, davon die qualitative Bewertung der Referenzprojekte: max. 200 Punkte für Referenz A (60%), max. 200 Punkte für Referenz B (20%). Insgesamt können bei Berücksichtigung aller Kriterien 500 Punkte erreicht werden. Die Nichterfüllung einer Mindestanforderung bei einer zwingenden Referenz führt zum Ausschluss des Bewerbers aus dem Verfahren. Wird die Mindestanforderung bei Referenz B (optional) nicht erfüllt, wird diese nicht gewertet. Jedes Auswahlkriterium wird abhängig von den durch den Bewerber gemachten Angaben z.B. mit 0 - 5 Punkte bewertet. Die vom Bewerber bei einem Kriterium erreichte Punktzahl ergibt sich durch Multiplikation der jeweiligen Bewertungsziffer mit der Wichtung des Kriteriums. Die

Gesamtpunktzahl des Bewerbers ergibt sich durch Addition aller erreichten Punktzahlen der Einzelkriterien in der Auswahlphase. Es werden die 3 Bewerber mit der höchsten Punktzahl ausgewählt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, kann die Auswahl unter den verbliebenen Bewerbern durch Los getroffen werden. Beschreibung der Referenzen für Brandschutz: Referenz A – zwingend: Referenzsammlung - Nachweis mindestens eines realisierten Projekts zum Thema Schule, oder Gebäude mit Werkstätten für Industrie oder Handwerk, Schulen mit Werkstätten werden höher bewertet. (Kriterien der Vergleichbarkeit: Es können max. 3 Referenzobjekte gewertet werden. Schule mit Werkstätten 3P, Schule 2P, Gebäude mit Werkstätten für Industrie oder Handwerk 1P. In Summe können maximal 5 Punkte erreicht werden.) Für Referenz A gilt folgende Mindestanforderung: - Nachweis mind. eines vergleichbaren, realisierten Projekts, Thema Schule, oder Gebäude mit Werkstätten für Industrie oder Handwerk, o Leistungszeitraum 2014 – Anfang 2025 (fertiggestellt), o Durchführung der wesentlichen Leistungsphasen (mind. 2 - 5) im Unternehmen des Bewerbers. Darstellung auf einem Projektblatt DIN A4: Aussagekräftige grafische und textliche Erläuterungen zum Projekt und zu projektspezifischen Besonderheiten. Abbildung min. 1 Foto (keine Renderings) des Gebäudes zum Nachweis der Realisierung. Referenz B - optional: Nachweis eines realisierten Projekts Thema mehrgeschossige Holz- oder Holzhybridbauweise (Kriterien der Vergleichbarkeit: ca. 3.500 m² NUF 1-6, Kosten KG 300+400 netto ca. 18,5 Mio €). Für Referenz B gilt folgende Mindestanforderung: o Nachweis eines realisierten Projekts Thema mehrgeschossige Holz- oder Holzhybridbauweise, o Leistungszeitraum 2014 – Anfang 2025, LPH 5 abgeschlossen, o Durchführung der wesentlichen Leistungsphasen (mind. 2 - 5) im Unternehmen des Bewerbers. Darstellung auf einem Projektblatt DIN A4: Aussagekräftige grafische und textliche Erläuterungen zum Projekt und zu projektspezifischen Besonderheiten. Abbildung min. 1 Foto (keine Renderings) des Gebäudes zum Nachweis der Realisierung. Die Bewertung erfolgt durch ein Auswahlgremium.
Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen
Gewichtung (Prozentanteil, genau): 80,00

Kriterium:
Art: Eignung zur Berufsausübung
Bezeichnung: Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:
Beschreibung des Eignungskriteriums: Teilnahmeberechtigt sind natürliche und juristische Personen, die die geforderten fachlichen Anforderungen erfüllen. Bei natürlichen Personen sind die fachlichen Anforderungen erfüllt, wenn sie gemäß Rechtsvorschrift ihres Herkunftsstaates berechtigt sind, am Tage der Bekanntmachung die Berufsbezeichnung Ingenieur/in zu führen. Bei juristischen Personen sind die fachlichen Anforderungen erfüllt, wenn zu ihrem satzungsgemäßen Geschäftszweck Planungsleistungen gehören, die der anstehenden Planungsaufgabe entsprechen, und wenn der bevollmächtigte Vertreter der juristischen Person und der Verfasser der Wettbewerbsarbeit die fachlichen Anforderungen erfüllt, die an natürliche Personen gestellt werden. Arbeitsgemeinschaften natürlicher und juristischer Personen sind ebenfalls teilnahmeberechtigt, wenn jedes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft teilnahmeberechtigt ist. Mehrfachbewerbungen natürlicher oder juristischer Personen oder von Mitgliedern von Arbeitsgemeinschaften führen zum Ausschluss der Beteiligten.
Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Projektorganisation

Kategorie des Festwert-Zuschlagskriteriums: Fester Wert (insgesamt)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Projekteinschätzung und Vorgehensweise durch den Projektleiter

Kategorie des Festwert-Zuschlagskriteriums: Fester Wert (insgesamt)

Zuschlagskriterium — Zahl: 35

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Projektmanagement

Kategorie des Festwert-Zuschlagskriteriums: Fester Wert (insgesamt)

Zuschlagskriterium — Zahl: 35

Kriterium:

Art: Kosten

Bezeichnung: Honorarangebot

Kategorie des Festwert-Zuschlagskriteriums: Fester Wert (insgesamt)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://www.subreport.de/E54378662

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: https://www.subreport.de/E54378662

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 07/04/2025 12:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Eine Nachforderung von Unterlagen liegt im Ermessen des Auftraggebers und wird entsprechend VgV festgelegt.

Auftragsbedingungen:
Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein
Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich
Aufträge werden elektronisch erteilt: nein
Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja
Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft ist dem Teilnahmeantrag eine Erklärung beizulegen, dass die Mitglieder der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haften. Es muss ein allein vertretungsberechtigter bevollmächtigter Vertreter benannt werden, der durch eine unterschriebene Erklärung aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft legitimiert ist. Es wird darauf hingewiesen, dass Bietergemeinschaften, deren Mitglieder sich mehrfach - sei es als einzelnes Unternehmen, Bietergemeinschaft oder Nachunternehmer - an diesem Vergabeverfahren beteiligten, wegen Verstoßes gegen das Wettbewerbsprinzip ausgeschlossen werden bzw. aus diesem Grund bereits bei der Aufforderung zur Angebotsabgabe unberücksichtigt bleiben können. Für jeden Bewerber/jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft und für jeden Nachunternehmer muss die Verpflichtungserklärung Mindestentgelt nach dem Landestariftreue- und Mindestlohngesetz Baden- Württemberg entweder mit dem Teilnahmeantrag oder spätestens mit dem Erstangebot abgegeben werden.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:
Keine Rahmenvereinbarung
Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:
Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe
Informationen über die Überprüfungsfristen: Um eine Korrektur des Vergabeverfahrens zu erreichen, kann ein Nachprüfungsantrag bei der Vergabekammer Baden-Württemberg gestellt werden, solange die Vergabestelle noch keinen wirksamen Zuschlag erteilt hat. Ein wirksamer Zuschlag kann erst erteilt werden, nachdem die Vergabestelle die unterlegenen Bieter über die beabsichtigte Zuschlagserteilung mit den nach 3 134 GWB erforderlichen Angaben informiert hat und 15 Kalendertage bzw. bei Versendung der Informationen per Fax oder auf elektronischem Weg 10 Kalendertage vergangen sind (§§134,135 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, wenn der Antragsteller die geltend gemachten Verstöße gegen Vergabevorschriften bereits vor Einreichung des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber der Vergabestelle nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat bzw. wenn der Antragsteller Vergabeverstöße, die bereits aufgrund der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gerügt hat. Ferner ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§160 Abs. 3 GWB).
TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Landkreis Tuttlingen
Registrierungsnummer: Berichtseinheit-ID 00012671
Postanschrift: Bahnhofstr. 100
Stadt: Tuttlingen
Postleitzahl: 78532
Land, Gliederung (NUTS): Tuttlingen (DE137)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Verfahrensbetreuung: kohler grohe architekten, Ansprechpartner: Sabine Heinrichs
E-Mail: sabine.heinrichs@kohlergrohe.de
Telefon: +49 711 76963937
Internetadresse: https://www.landkreis-tuttlingen.de
Rollen dieser Organisation:
Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe
Registrierungsnummer: DE811469974
Stadt: Karlsruhe
Postleitzahl: 76137
Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de
Telefon: +497219268730
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 9ac3cce6-afda-44ab-9f9f-ab0042b0b4dd - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 27/02/2025 15:09:29 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 137519-2025
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 43/2025
Datum der Veröffentlichung: 03/03/2025